



Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel
Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12
coordination@apartheid-reparations.ch
www.apartheid-reparations.ch

Rundschreiben Nr. 23

Januar 2019

1. Tagung „The Copper Value Chain“ – Wertschöpfungskette Kupfer am Fall Sambias

Die von der KEESA in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Afrikastudien der Universität Basel und dem Afrika-Komitee organisierte Tagung «The Copper Value Chain: Life in Zambia, the Swiss Commodity Hub, and Responsible Business» vom 8. Dezember 2018 drehte sich um die aktuelle Frage der Rolle der Schweiz im Rohstoffhandel am Beispiel des sambischen Kupferexportes und der Konzernverantwortung.



*Rita Kesselring fasst am Schluss zusammen «Gewinne werden privatisiert, Kosten werden sozialisiert.»
Foto: Martin Bloch*

Gleich zu Beginn der Tagung wurde deutlich, wie umfangreich die Schweizer Beteiligung beziehungsweise wie viele Schweizer Firmen entlang der Wertschöpfungskette an Gewinn abschöpfen können. Ethnologin, KEESA-Mitglied und Leiterin des Forschungsprojektes Valueworks Rita Kesselring zeigte zusammen mit dem Ethnologen Gregor Dobler auf, dass sowohl im Abbau (Bsp. Glencore), im Handel, im Transport (Trafigura über ihre Firmen Impala und Puma, oder MSC in der Frachtschifffahrt) oder bei der Prüfung und Zertifizierung (Bsp. SGS), Schweizer Firmen zu den Gewinnern des Rohstoffhandels gehören. Zu den Verlierern hingegen gehören die Sambierinnen und Sambier, die mit ihren Steuern die Infrastruktur für den Handel zahlen, und zusehen müssen, wie ihre Umwelt mit dem Abbau von Kupfer belastet wird. Dem sambischen Staat

entgehen ausserdem Millionen an Steuergeldern, weil die global tätigen Konzerne mit geschickten Praktiken ihren Gewinn aus den rohstoffreichen Ländern in die Schweiz verschieben können.



Die Bevölkerung sollte im Falle von Minenprojekten konsultiert werden, fordert Christopher Nkhata in seiner Präsentation. Foto: Martin Bloch

Die Folgen für die sambische Bevölkerung beleuchtete der sambische Aktivist Christopher Nkhata. Der Minenarbeiter und Leiter der lokalen NGO Green and Justice untermauerte mit Bildern die Schäden, welche die Mine und Kupferschmelzanlagen der Firma Mopani in der Township Kankoyo der Stadt Mufulira anrichtet. Atembeschwerden, verschmutztes Trinkwasser und unfruchtbarer Boden bleiben den BewohnerInnen vom Kupfergeschäft übrig. Massiver Stellenabbau führt dazu, dass für viele keine Jobs in den Minen zu finden sind, und die verbleibenden Stellen grösstenteils über Leihfirmen besetzt werden. Nkhata fordert von den Unternehmen mehr Verantwortung und insbesondere mehr Transparenz. So wisse man beispielsweise nicht, wie viel Mopani wirklich für Corporate Social Responsibility ausgeben.



Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel
Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12
coordination@apartheid-reparations.ch
www.apartheid-reparations.ch

Die sambische Aktivistin Laura Miti ihrerseits gab einen Überblick über die allgemeine politische Lage in Sambia und insbesondere die aktuelle Schuldenkrise im Lande, und trat für eine starke BürgerInnenbewegung in Sambia ein. Ohne diese könne man der extraktiven Industrie nicht Paroli bieten.

Dass die Tagung äusserst aktuellen Fragen nachging, zeigte auch der Nachmittag. Der Schlussdiskussion ging ein Input der KEESA voraus. Koordinatorin Aurora García präsentierte einen Überblick über die Diskussionen rund um die Regulierung des Rohstoffhandels und der Konzernverantwortung im Allgemeinen. Insbesondere erwähnte sie, den bereits seit langem erwarteten Schlussbericht zum Rohstoffhandelsplatz Schweiz des Bundesrates, welcher eineinhalb Wochen vor der Tagung präsentiert wurde. Diesem ging eine Reihe von Berichten voraus, unter anderem der Grundsatzbericht von 2013, welcher die grosse Bedeutung des Rohstoffhandels für die Schweiz hervorhebt, aber auch das Reputationsrisiko, welches die Branche darstellt. Aus Sicht der KEESA ist der Schlussbericht jedoch eine grosse Enttäuschung. Zwar trägt er akribisch die bestehenden internationalen Regelwerke zusammen, lobt die Bedeutung der UNO-Leitlinien für Menschenrechte und Wirtschaft wie auch die OECD-Leitlinien, beschränkt sich bei der Frage der Regulierung jedoch auf freiwillige Massnahmen. Wichtiger ist es scheinbar, den Rohstoffhandelsplatz Schweiz vor der drohenden Konkurrenz durch Grossbritannien, Singapur oder die USA zu schützen. Massnahmen zur Regulierung der Branche sollen deshalb freiwilliger Natur bleiben: Multi-Stakeholder Initiativen, Corporate Social Responsibility-Programme oder Entwicklungszusammenarbeit sollen reichen, um die Folgen des Rohstoffhandels auf die rohstoffreichen Länder zu minimieren. Nur ein paar Tage vor dem Bericht hatte das SECO die «Guidance on implementing the UN guiding principles on business and human rights» veröffentlicht. Diese «Anleitung» für Rohstofffirmen führt genauestens die gravierenden Probleme der Branche auf, kommt aber trotzdem zur Schlussfolgerung, dass freiwillige Massnahmen genügen.



Enttäuschend, dass Schweizer Behörden auf rein freiwillige Massnahmen setze, so Koordinatorin Aurora García. Foto: Martin Bloch

KEESA-Koordinatorin García sprach ausserdem die laufende parlamentarische Revision des Aktienrechts (Art. 964 OR) an. Neu soll gemäss Vorschlag des Bundesrates im Aktienrecht eine Transparenzpflicht für Rohstoffproduzenten eingeführt werden, d.h. diese Firmen müssen ihre Zahlungen an Regierungen offenlegen. Im vorliegenden Entwurf sind Rohstoffhändler von dieser Regelung ausgeschlossen. Eine starke Minderheit der Rechtskommission des Ständerats trat jedoch für die Ausdehnung der Transparenzpflicht auf den Rohstoffhandel ein. Mit einem Schreiben (siehe Anhang) forderte die KEESA zusammen mit dem Afrika-Komitee die StänderätInnen dazu auf, sich bei der Behandlung des Geschäftes am 11. Dezember für die Transparenzpflicht des Rohstoffhandels einzusetzen. Das Geschäft wurde zur Überarbeitung an die Rechtskommission zurückgewiesen und soll in der Frühjahrs-session behandelt werden.

Neben diesen regulatorischen Massnahmen und der Kampagne für die hängige Konzernverantwortungsinitiative sei aber der politische Kampf in den rohstoffliefernden Ländern von Bedeutung, stellte Aurora García fest. Die Solidarität zwischen sozialen Bewegungen im globalen Süden und im globalen Norden sei dabei sehr wichtig.

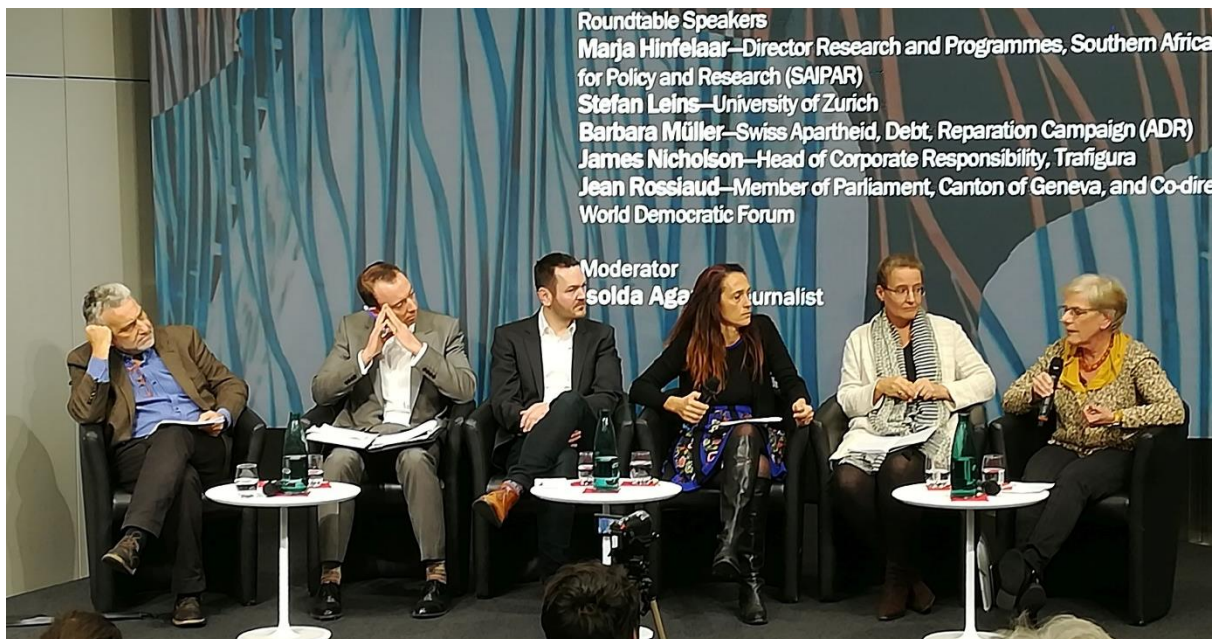


Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel
Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12
coordination@apartheid-reparations.ch
www.apartheid-reparations.ch

In der Schlussdiskussion wurde das Thema Solidarität und Austausch zwischen Organisationen in der Schweiz und Sambia wieder aufgenommen, und es wurde betont, dass diese gestärkt werden müssen. Besonders für die Bewegungen im Süden ist der Informationsaustausch wichtig, man wisse gerade was den Rohstoffhandel anbelangt noch viel zu wenig. Deshalb, so ein Fazit der Diskussion, brauche es die Kooperation zwischen Forschung und NGOs wie sie das Valueworks-Forschungsprojekt praktizierte. Informationen müssen erarbeitet werden und dann in der Alltagssprache der Bevölkerung - hier und dort - zugänglich gemacht werden. Über solche «populären» Produkte müsse man nun weiter nachdenken.

In der Woche nach der Tagung fand die Schlusstagung des Forschungsprojekts Valueworks in Genf statt. Den Auftakt bildete am 10. Dezember ein öffentliches Podiumsgespräch in der Maison de la Paix (www.unrisd.org/valueworks). VertreterInnen des Forschungsprojektes (Maja Hinfelaar, Gregor Dobler und Stefan Leins), der KEESA (Barbara Müller), sowie ein Genfer Politiker (Jean Rossiaud, Kantonsrat Grüne) und ein Vertreter des Rohstoffgiganten Trafigura (James Nicholson, CSR Manager) diskutierten über das Thema «Life along the Copper Value Chain: The Swiss Commodity Trading Hub and its Impact on the Global South». Angesprochen wurde insbesondere die Notwendigkeit eines verbindlichen nationalen Regelwerks für die Branche oder von internationalen verbindlichen Regelungen wie das in der UNO diskutierte Abkommen für Unternehmen und Menschenrechte (Binding Treaty). Nicholson sprach wie der im Publikum sitzende EDA-Vertreter viel vom «smart mix» von freiwilligen Massnahmen, aber die Forderung nach verbindlichen Regelwerken beantwortete der Trafigura-Vertreter mit Drohungen wie der Sistierung sämtlicher freiwilliger Massnahmen sowie der Bereitschaft zum Dialog. Am 11. Dezember folgte im Palais des Nations das abschliessende Symposium des Forschungsprojektes Valueworks (ein Teil der Forschungsergebnisse ist in der November-Ausgabe 2018 des Afrika-Bulletins Nr. 172 in deutscher und englischer Sprache zu finden <http://www.afrikakomitee.ch/category/afrika-bulletin/>). Die Mitglieder des Forschungsprojektes stellten fest, dass sich die frühe Einbindung der Nichtregierungsorganisationen für das Projekt als sehr fruchtbar und motivierend erwiesen habe.



Die TeilnehmerInnen des Podiumsgesprächs mit Moderatorin Isolda Agazzi.



Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel

Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12

coordination@apartheid-reparations.ch

www.apartheid-reparations.ch

2. Vormerken! Van Vuuren-Lesereise vom 22.-29. Januar 2019 in Basel, Bern, Zürich und Genf

Im Rundschreiben Nr. 21 hatten wir Hennie Van Vuurens Buch «Apartheid Guns and Money. A tale of profit» vorgestellt. Dank ausgiebigen Recherchen zeichnet Van Vuuren mit viel Detail die Maschinerie auf, welche südafrikanischen wie auch internationalen Akteure nutzten, um die Sanktionen gegen das Apartheidregime zu umgehen und sogar von ihnen zu profitieren. Profiteure gab es viele: PolitikerInnen, Waffenproduzenten und –händler, geheime Lobbygruppen, JournalistInnen und viele mehr – nicht zuletzt Banken, darunter auch Schweizer Banken. Dieses noch existierende und bisher nie wirklich aufgedeckte Netzwerk spielt auch im heutigen Südafrika eine wichtige Rolle.

Die KEESA und Tim Zulauf/KMUProduktionen organisieren zusammen mit der Gessnerallee Zürich, der Dampfzentrale Bern, HEAD in Genf sowie der Kaserne Basel eine Lesereise mit Hennie Van Vuuren.

Mehr Informationen finden Sie im beigelegten Flyer.

3. Mosambik: eine spektakuläre Festnahme, ein Brief und ein neuer Kontakt

Kurz vor Jahresende überraschte uns eine Schlagzeile aus Mosambik: der ehemalige Finanzminister Manuel Chang wurde aufgrund eines internationalen Haftbefehls aus den USA festgenommen, als er in Johannesburg im Transit Richtung Dubai war. Seine Verhaftung findet im Rahmen von Untersuchungen des FBI statt. Gemäss ersten Medienmeldungen geht es um Korruption und Geldwäscherei. Angeblich gebe es Hinweise, dass Chang, der unter Präsident Guebuza gedient hatte, hohe Geldsummen auf Schweizer Bankkonten gehortet habe. Chang war Finanzminister als die 2 Milliarden-Kredite von Credit Suisse und der russischen VTB ausgehandelt wurden. Spätere Meldungen in den Medien weisen darauf hin, dass die Festnahme mit den Untersuchungen des FBI zu den illegalen Krediten zusammenhängen. Changs Anwalt, der auch den ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Zuma vertritt, hat in der Zwischenzeit gegen die Auslieferung in die USA Rekurs eingereicht. Gleichzeitig mit Chang wurden drei ehemalige CS-Mitarbeiter verhaftet, denen zusätzlich Konspiration vorgeworfen wird. Einer von ihnen ist Andrew Pearse, der gemäss Kroll-Bericht von der Credit Suisse zu Privinvest wechselte und in deren Auftrag das Unternehmen Palomar Capital Advisors in Zürich gründete, von wo aus er an der Umstrukturierung des Proindicus-Kredit beteiligt gewesen sein soll.

Es wird erwartet, dass Chang unter dem Druck der Anklage die Hintergründe und Nutzniesser dieser kriminellen Machenschaften offenlegt. Gegen die Credit Suisse wurde bisher kein Strafverfahren eingeleitet. Vieles an dieser skandalösen Geschichte bleibt undurchsichtig, viele Fragen unbeantwortet. Hat die Credit Suisse nun ihre Sorgfaltspflicht verletzt oder nicht? Im Kroll-Bericht steht, dass 200 Millionen an die den Kredit organisierenden Banken ging. Es ist zu hoffen, dass die Schweizer Justiz jetzt ihrerseits strafrechtliche Schritte einleitet, den Bankguthaben von Chang nachgeht und die Rolle von Pearse unter die Lupe nimmt. Und wo steht die Untersuchung der Finma, auf die der Bundesrat in seiner Antwort auf verschiedene parlamentarische Anfragen hinwies?

Davor hat die KEESA im Namen einer Initiative von mehreren in Mosambik tätigen NGOs einen Brief zuhanden von Credit Suisse CEO Thiam verfasst, in welchem wir zu einem Gespräch einladen, um über die Möglichkeit einer sozialverträglichen Umstrukturierung der Schulden zu sprechen. Ausserdem wollten wir Genaueres über die von der Credit Suisse initiierte Initiative zu *transparent lending* erfahren. Die Antwort von Credit Suisse war leider recht oberflächlich. Auf das



Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel
Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12
coordination@apartheid-reparations.ch
www.apartheid-reparations.ch

Gesprächsangebot wurde gar nicht eingegangen, die Initiative wurde nur sehr allgemein dargestellt. Im Brief erklärt die Credit Suisse bezüglich der versteckten Schulden, sie seien im Gespräch mit der Regierung Mosambiks und der mosambikanischen Zivilgesellschaft.

Erfreulich aus KEESA-Sicht ist der neu geschaffene Kontakt mit Gina dos Reis, Direktorin vom Grupo da Dívida, die gleich die Behauptung der Credit Suisse entkräftete, sie seien im Kontakt mit der Zivilgesellschaft Mosambiks. Der Kontakt zu Gina dos Reis kam an der Tagung «Afrika am Kredithaken» in Berlin zustande. Damit ist uns ein wichtiger Kontakt zur mosambikanischen Zivilgesellschaft gelungen, der für unsere weitere Arbeit von Bedeutung ist.

4. Xolobeni: grosser Erfolg vor Gericht – The right to say NO!

Im September und Oktober mussten wir mit Sorge weitere Nachrichten von der Kriminalisierung des Widerstandes gegen den geplanten Titanabbau in Xolobeni an der Wild Coast vernehmen. Unter anderem wurden Ende September bei einem Besuch von Minenminister Gwede Mantashe AktivistInnen des Amadiba Crisis Committee (ACC) mit Polizeigewalt und Tränengas vertrieben. Auch ihr Anwalt, Richard Spoor, wurde bei dieser Aktion festgenommen.

Ende November hingegen durften wir uns über eine grossartige Nachricht freuen: wie im letzten Rundschreiben erwähnt, hatte das ACC gegen das staatliche Department of Mineral Resources und gegen das Minenkonglomerat MRC geklagt, um die Sistierung der Abbaupläne in Xolobeni zu erreichen. In April 2018 fanden die Anhörungen statt, am 22. November kam endlich das Urteil. Die zuständige Richterin befand, dass das Minenministerium kein Recht habe, Minenkonzessionen zu erteilen, solange die betroffene Gemeinde nicht vorher vollumfänglich informiert worden sei und ihre Zustimmung ausgesprochen habe. Ein grosser Erfolg für das ACC, welchem mit seiner Forderung Right to say NO («Recht Nein zu sagen!») nun gerichtlich Recht gegeben wird!

5. Sibanye-Stillwater wird von AMCU herausgefordert: Lonmin-Deal und Goldminenstreik

Im letzten Rundschreiben berichteten wir von der geplanten Übernahme von Lonmin durch die südafrikanische Firma Sibanye-Stillwater. In der Zwischenzeit ist das Übernahmeverfahren weiter gekommen, wenn auch mit Verzögerungen und gegen wachsenden Widerstand.

Der Sibanye-Lonmin Deal sollte Ende Februar 2019 abgeschlossen sein, geplant ist die Zustimmung der Aktionäre im Verlauf dieses Monat an ausserordentlichen Aktionärsversammlungen. Dies ist nun möglich, nachdem die südafrikanische Wettbewerbskommission der Übernahme zugestimmt hat, allerdings unter der Auflage, dass u.a. drei Minenprojekte und folglich die damit verbundenen Stellen vorangetrieben werden müssen. Gegen diesen Beschluss hat die Gewerkschaft AMCU Beschwerde eingereicht und somit droht dem Deal eine weitere Verzögerung.

Die AMCU stand von Beginn weg aufgrund der angekündigten Stellenstreichungen - ältere Minen sollen geschlossen und rund 12'600 Stellen gestrichen werden - den Übernahmeplänen kritisch gegenüber. Die AMCU hatte Sibanye-Stillwater bereits mehrmals wegen Verletzungen der Arbeitnehmerrechte angeklagt. Seit November führt AMCU in den Goldminen von Sibanye-Stillwater einen Streik durch. Der Streik, der bereits drei Todesopfer forderte, wurde ausgelöst, weil Sibanye-Stillwater mit der Gewerkschaft NUM eine Sondervereinbarung abschliessen wollte. Mit



Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel

Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12

coordination@apartheid-reparations.ch

www.apartheid-reparations.ch

einer Klage gegen AMCU am Arbeitsgericht hatte Sibanye-Stillwater versucht, den Streik für illegal erklären zu lassen. Das Gericht hat aber Ende Dezember den Streik für legal befunden.

6. Thematic Social Forum on Mining and Extracivist Economy in Johannesburg

Und zum Thema Bergbau noch eine letzte Nachricht: Vom 12. bis 15. November 2018 fand in Johannesburg das thematische Sozialforum zu Minen und extraktivistischer Wirtschaft statt, welches feministische und kleinbäuerliche Gruppen, WissenschaftlerInnen und ArbeiterInnenorganisationen vorwiegend aus Afrika und Lateinamerika zusammenbrachte. Im Zentrum des dreitägigen Sozialforums standen die verschiedenen Widerstandskämpfe gegen Minenprojekte, die geschlechterspezifischen Auswirkungen des Extraktivismus wie auch dessen Folgen für das Klima. Der beigelegte englischsprachige Artikel von Patrick Bond fasst gut zusammen, weshalb dieses Forum in einem wichtigen Moment kommt – einige Widerstandskämpfe haben Erfolge einfahren können, und die Minenfirmen kommen immer mehr unter Druck.

Am Forum wurde ein Aktionsplan verabschiedet, welcher verschiedene Aktionsfelder vorsieht. Unter anderem soll der Monat Oktober als jährlicher Aktionsmonat gelten und die Kampagne «Right to say NO» ein wichtiges Kampagnenelement sein. Das nächste Forum ist für 2020 geplant.

Mehr Informationen darunter auch der verabschiedete Aktionsplan finden Sie unter: www.thematicsocialforum.org

7. In eigener Sache

Nun ist es bereits ein Jahr her, seit Aurora García die Koordination der KEESA von Barbara Müller übernommen hat – Zeit also für einen kurzen Rückblick. Es war ein äusserst aktives Jahr, blieben neben dem Fokus auf den Rohstoffhandel und Sambia doch auch die Themen Credit Suisse - Mosambik und Südafrika wichtig. Durch die Teilnahme am Forschungsprojekt Valueworks konnte sich die KEESA mit der Komplexität und Bedeutung der schweizerischen Rolle im Rohstoffhandel vertraut machen und über das akademische Netzwerk ihren Wirkungsradius ausdehnen.

Die mit lediglich 15 Prozent ausgestattete Koordinationsstelle kann nur mit viel freiwilligem Engagement der Koordination und des Ausschusses, und durch Kooperation mit befreundeten Personen und Organisationen eine Wirkung in der Öffentlichkeit erzielen. Dies ist uns im vergangenen Jahr ganz gut gelungen. Trotzdem bleibt die Finanzierung der KEESA prekär, weil institutionelle Zuwendungen immer schwerer zu erhalten sind. Deshalb sind wir für die Weiterführung unserer Arbeit auf die finanzielle Unterstützung von Privaten angewiesen.

Helfen Sie uns, die Kampagne weiterzuführen!

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse und bisherige Unterstützung.

Aurora García, Koordinatorin KEESA

Anhang:

- Brief an StänderätInnen
- Artikel aus Financial Times, 4. Januar 2019
- Artikel aus Mail & Guardian/ Patrick Bond, 16. November 2018